

Frieden bleibt unsere Aufgabe

In diesem Frühjahr hat auch in Göttingen wieder ein Ostermarsch stattgefunden – ein Ritual, das nie an Dringlichkeit verliert. Angesichts einer Welt, die erneut aufrüstet und Kriege zur Normalität erklärt, sind Ostermärsche keine bloßen Traditionen. Sie sind notwendige Zeichen des Widerstands gegen das Vergessen.

Göttingen war immer ein Ort des Wissens, der Innovation – und der Verantwortung. In diesem Jahr wird gefeiert: 100 Jahre Quantenphysik. Doch während wir zu Recht die wissenschaftlichen Errungenschaften würdigen, dürfen wir nicht übersehen, wohin die Wege der Forschung manchmal führten. Ausgerechnet hier, wo Größen wie Max Born, Werner Heisenberg und viele andere wirkten, wurden Grundlagen gelegt, auf denen später die Atombombe entstand.

In Zeiten, in denen weltweit neue Atomwaffenprogramme aufgelegt werden, in denen Kriege eskalieren, während Friedensinitiativen diffamiert werden, ist das ein bedrückend aktuelles Thema. Die Ostermärsche 2025 machten deutlich: Die Menschen, die heute für Frieden auf die Straße gehen, kämpfen auch für ein anderes Bild von Fortschritt – eines, das auf Humanität statt auf Vernichtung baut.

Doch nicht nur die Bedrohung durch Waffen mahnt uns.
Am 8. Mai begehen wir das 80. Jubi-

läum der Befreiung vom deutschen Faschismus. Wir erinnern daran, dass Millionen Menschen ihr Leben ließen, um das größte Menschheitsverbrechen zu beenden. Dieser Tag ist kein Datum wie jedes andere. Er ist eine Verpflichtung: Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus.

Es ist beunruhigend, wie schnell heute Begriffe wie „Kriegstüchtigkeit“ wieder gesellschaftsfähig werden. Wie schnell Stimmen, die Diplomatie einfordern, als naiv gebrandmarkt werden. Wie schnell Wissenschaft wieder als Ressource für Rüstung gedacht wird.

Gerade in einer Stadt wie Göttingen, die tief mit der Geschichte von Forschung und Verantwortung verwoben ist, dürfen wir das nicht hinnehmen.

Die Ostermärsche haben einen ersten Schritt getan.
Der 8. Mai erinnert uns daran, dass Friedensarbeit tägliche Arbeit ist. Und die Geschichte der Wissenschaft mahnt uns, Erkenntnis nicht

Im Internet:

<https://www.goettinger-linke.de/1532-2/>

Kontakt

Post: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Frieden bleibt unsere Aufg.	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
BSW im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 06.2025
ist der 19. Mai
Auslieferung vorraussichtlich am 25.05.

in den Dienst der Zerstörung zu stellen.

Frieden bleibt unsere Aufgabe. In Göttingen. In Deutschland. Überall.

(ts)

FRIEDEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

80 Jahre Selbstbefreiung des KZ Buchenwald - erfolgreiches internationales Jugendtreffen

Auf Initiative der FIR, der belgischen „National Confederation of Political Prisoners“ (CNPPA) und des belgischen War Heritage Instituts kamen etwa 500 junge Menschen zu einem Internationalen Jugendtreffen in der Gedenkstätte Buchenwald zusammen. Gemeinsam mit dem Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD), den deutschen Lagergemeinschaften Buchenwald-Dora und „Paint it read“ erinnerten sie an die Selbstbefreiung des Lagers vor 80 Jahren am 11. April 1945. Teilnehmende aus zehn europäischen Ländern von Portugal bis Ungarn, die größte Gruppe aus verschiedenen Teilen Belgiens, beschäftigten sich mit der Erinnerung an die Haftlinge und Überlebenden des Lagers.

Der gemeinsame Höhepunkt des Treffens war der Gedenkgang der Jugend vom Obelisk über den Gedenkweg und die Blutstraße zum Mahnmal.

In der Mahnmalsanlage fanden an den nationalen Säulen eindrucksvolle Gedenkveranstaltungen statt, bevor auf dem Platz vor dem Glockenturm auf der „Kundgebung der Jugend“ Statements in verschiedenen Sprachen vorgetragen wurden. Abschließend legten die Jugendlichen viele hundert Blumen an der eindrucksvollen Plastik von Fritz Cremer und an anderen Orten in der Gedenkstätte nieder.

Mit ihrer gemeinsamen Teilnahme an der Kundgebung des IKBD auf dem Appellplatz ehrten sie das politische Vermächtnis der Überlebenden, wie es sich im „Schwur von Buchenwald“ ausdrückt: „Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln“ und „Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit“. Das ist eine Aufgabe auch für heute und morgen.

Manche werden sich noch an das Frühjahr 2008 erinnern, als eingeladen von der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) und dem damaligen „Institut des Veterans“ (IV) (Belgien) unter dem Titel „Train des Mille“ („Zug der Tausend“) ein internationales Jugendtreffen in der KZ Gedenkstätte Buchenwald stattfand. Der Titel des Treffens erinnerte an die historischen Deportationszüge von Brüssel in die Vernichtungslager in Osten, bei denen pro Zug ungefähr 1000 Menschen in die Vernichtung verschleppt wurden. Ein großer Teil der Teilnehmenden aus ganz Europa startete in der belgischen Hauptstadt und fuhr mit einem Sonderzug nach Weimar, wo das Jugendtreffen stattfand. In Weimar wurden sie von mehreren hundert jungen Menschen aus Thüringen und anderen Teilen der BRD erwartet. Dort beschäftigten sie sich mit der Geschichte des KZ Buchenwald und Mittelbau-Dora und nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Damals gab es noch die Gelegenheit, mit Zeitzeugen zu sprechen. Großen Eindruck machte der Gedenkmarsch von Weimar auf den Ettersberg. Dort endete das Treffen nach der Veranstaltung des Internationalen Komitees Bu-

Termine

Donnerstag, 08.05.2025, 17:00 Uhr
Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag
der Befreiung vom Hitlerfaschismus

Gedenkstein an den Widerstand gegen
die nationalsozialistische Gewaltherrschaft
in Göttingen

Thomas-Buergenthal-Haus (Stadtbibliothek,
ehemaliges städtisches Polizeigefängnis) /
Johanniskirchhof

Flaggen der Befreier sowie von nationalen
und internationalen Widerstandsgruppen
sind erwünscht

Das Treffen zum antifaschistische
Stammtisch muss im Mai leider aus-

chenwald-Dora und Kommandos (IKBD) mit einer „Kundgebung der Jugend“ am Glockenturm. Hier sprachen Vertreter des IKBD, der belgischen Regierung und Jugendliche, die mit ihren Worten das Vermächtnis der Überlebenden von Buchenwald bekräftigten. In Erinnerung blieb nicht nur das Gedenken, sondern auch die europäische Begegnung junger Menschen unter dem Label der antifaschistischen Erinnerung. Wenn heute von einem geeinten Europa gesprochen wird, dann ist es das gemeinsame Handeln aller Teile der Anti-Hitler-Koalition als Grundlage dieser transnationalen Einheit.



Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

13. Mai 19:00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Jüdenstraße



Warum weinen die von Washington „Unterhaltenen“?

Als bekannt wurde, dass die millionenschweren Mittel für die „Auslandshilfe“, insbesondere von USAID, gekürzt werden sollten, machte sich unter den Konterrevolutionären Panik breit

Autor: Raúl Antonio Capote | informacion@granmai.cu

Als die Einzelheiten von Präsident Donald Trumps Politik der Kürzung von milliarden-schweren „Auslandshilfe“-Geldern, insbesondere von USAID, bekannt wurden, machte sich unter der Konterrevolution Panik breit.

Doch als die Mittelkürzung mit der Schließung der Veteranenorganisation und anderer Agenturen und NGOs, die sich der Destabilisierung von Ländern widmen, die als Feinde der USA gelten, wirksam wurde, schlug die Panik in Hysterie um. Wovon würden sie von nun an leben?

Um sich ein Bild von dem Schlag zu machen, den die Zentren der politisch-ideologischen Subversion, einschließlich der Presseprojekte und anderer Gruppen, die gegen Kuba arbeiten, erlitten haben, genügt es, ein paar Zahlen zu betrachten.

Vor dem Einfrieren der Gelder erhielt die Panamerikanische Entwicklungsstiftung (Fupad) zwei Millionen Dollar von der Regierung, von denen sie mehr als 637.757 für „Demokratie“-Programme in Kuba auszahlte, die auf die so genannten unabhängigen Medien und den „freien“ Informationsfluss abzielten.

Unterdessen erhielt die Stiftung für Menschenrechte in Kuba zwei Millionen Dollar. Bislang hat die Organisation von ihrem Sitz im Bundesstaat Florida aus 723.631 verwendet.

Seit 2020 hat DNA Cuba insgesamt 3.072.123 Dollar von USAID erhalten, von denen sie, soweit bekannt, nur weniger als die Hälfte ausgegeben hat. Und der Rest, wo ist er? Der endgültige Verbleib dieser Mittel ist unbekannt.

Im Dezember 2022 bewilligte die USAID der Grupo de Apoyo a la Democracia (GAD) ein Budget von 1,5 Millionen Dollar, wovon bisher 869.994 Dollar für Wirtschaftshilfe für die Konterrevolution und Spenden ausgege-

ben wurden.

Die kubanische Beobachtungsstelle für Menschenrechte (OCDH) erhielt einen Fonds von 1,5 Millionen, gültig bis zum 30. September 2025, für das Programm der „humanitären Hilfe für verfolgte Personen in Kuba“, das im Rahmen des „Programms für ausländische Hilfe“ zertifiziert wurde. Outreach Aid to The Americas (OAA) wiederum verfügte über ein Budget von 1,5 Millionen, um „die Ernährungssicherheit und die Gesundheitsbedingungen der politischen Gefangenen in Kuba zu verbessern“.

An Geld mangelte es weder Freedom House noch dem „renommierten“ International Republican Institute (IRI), die beide eine lange Geschichte im schmutzigen Krieg gegen Kuba haben. Ersteres erhielt eine Million und das IRI 1,5 Millionen Dollar.

Als ob das noch nicht genug wäre, übergab das Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit (DRL) des Außenministeriums dem National Endowment for Democracy (NED) saftige Mittel: 6.172.839 Dollar zur „Förderung von Demokratie, Pluralismus, unabhängigen Medien und politischem Aktivismus auf der Insel“.

Seit September 2024 hat das Außenministerium über die Unternehmen Mas Voces Foundation und Media Plus Experience mehrere Artikel von El Toque in Höhe von 292 369 Dollar finanziert. Darüber hinaus erhielt das konterrevolutionäre Medienunternehmen einen ähnlichen Betrag von der Agency for Global Media (USAGM) und der US Agency for International Development (USAID). USAGM vergab einen Auftrag an das Poynter Institute für Media Studies inc,

das vom Office of Cuba Broadcasting (OCB) verwaltet und geleitet wird.

Im Falle der Insel handelt es sich um ein Programm zur Ausbildung und Unterstützung von „unabhängigen Künstlern, Aktivisten, Journalisten und Schriftstellern“. Auch Cubanet war nicht „hilflos“, von 2020 bis heute haben die digitalen Medien rund 2.572.493 Millionen Dollar von USAID und weitere 2.572.493 Millionen vom NED erhalten.

Hinzu kommen die Gelder der von George Soros gegründeten Open Society mit Sitz in Washington, die bei der Unterstützung von Organisationen mit subversivem Hintergrund gegen Kuba einen hohen Stellenwert einnimmt.

Der Verzicht auf diesen Reichtum ist nicht einfach. Wie man sieht, wird viel Geld der US-Steuerzahler für einen Krieg verschwendet, der keinen Sinn und keine greifbaren Ergebnisse hat, obwohl er doch einen Zweck hat: diejenigen zu unterstützen, die einer fremden Regierung gegen ihr eigenes Land dienen.

Da stellt sich unweigerlich die Frage: Wie viel würde es einen US-Bürger kosten, ein solches Verbrechen zu begehen?

Granma Internacional bestellen!



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,
https://goettingen.dkp.de ★ goettingen@dkp.de



Kriegsmedizin an der UMG?

Artikel aus der Extra-Ausgabe der „Unsere Zeitung“ vom 1. Mai 2025

Der Verein demokratischer Ärzt*innen (vdää*) rief Juli 2024 in einer Erklärung gegen die Vorbereitung des Gesundheitswesens auf Krieg auf. Die „Verzahnung des Militärischen mit dem Gesundheitswesen“ wird „zu einer Bedrohung für die medizinische Versorgung“. Das zeigen die aktuellen Kriege in der Welt deutlich, in der Krankenhäuser immer wieder Ziel militärischer Angriffe werden. Diese Warnung verhallt. Nicht nur der scheidende Gesundheitsminister Lauterbach (SPD) ruft zur Kriegstüchtigkeit des Gesundheitswesens auf. Es finden unter erhöhtem Tempo zahlreiche „wissenschaftliche“ Tagungen zu Kriegsmedizin statt. Die Landesärztekammer Hessen veranstaltete im September 2024 ein „zivil-militärisches“ Symposium in Schloss Oranienstein unter dem Titel „Im Ernstfall: Was bedeutet Kriegsmedizin?“. Im März 2025 gab es eine Kritis-Fachtagung der Gesundheitsstadt Berlin mit dem Titel „Das deutsche Gesundheitswesen in Krieg und Katastrophe: Prüfstein für den Föderalismus“. Diskutiert wurden u.a. diese Fragen: „Auf welche abweichenden Verletzungsmuster und Krankheitsbilder müssen sich Krankenhäuser in Deutschland in Krise und Krieg vorbereiten? Benötigen wir eine „Kriegsmedizin“ und was ist das genau?“. In der Presse wird die Zahl der Kriegsverwundeten von 1000 bis zu 5000 täglich als Größenordnung aufgebaut. Dies würde die bereits jetzt überlasteten Krankenhäuser und Kolleginnen, die von Spar- und Insolvenzwellen betroffen sind, über die Kapazitätsgrenze bringen. Der abgewählte Bundestag stimmte einem 500 Milliarden „Infrastrukturinvestitionsprogramm“ zu. Dies soll u.a. auch den Krankenhäusern zugutekommen. Allerdings geht es dabei im Wesentlichen um große kommunalen Krankenhäuser, Universitätskliniken sowie BG-Kliniken, denen nach ihrer Erklärung in „Krisenzeiten wie militäri-

schen Konflikten“ eine „Schlüsselrolle“ zukommt.

Noch läuft die Debatte um eine Änderung des Lerncurriculums in Richtung Kriegsmedizin. Aber die ersten Verbindungen werden langsam sichtbar. So schreibt die FAZ nach der Aussage, dass im Krieg die Kliniken der Trauma-Netzwerke über eine zivil-militärische Stabsstelle koordiniert werden müssen, den kurzen Satz des Chefarztes der Göttinger Unfallchirurgie, Prof. Dr. Wolfgang Lehmann: „Die Kommunikation der Traumazentren intensivieren wir bereits“. Die FAZ berichtet dabei über eine Tagung der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU), wonach die Bundeswehr-Krankenhäuser und BG-Kliniken im Kriegsfall innerhalb von 48 Stunden ausgelastet seien. Die DGOU-Tagung findet in Kooperation mit der Bundeswehr und Kriegsprofiteuren statt.

Auf die Idee, Kriege zu verhindern, kommt in diesen Zeiten keiner mehr. Dagegen halten wirkliche Demokrat*innen der vdää* in ihrer Erklärung: „Wir

sehen unsere Aufgabe als demokratische Ärzt*innen darin, über die unvermeidbaren und entsetzlichen gesundheitlichen Folgen von Kriegen aufzuklären, um diese einzudämmen oder zu verhindern. Wir wollen uns nicht an der Illusion beteiligen, dass ein Krieg mit direkter Beteiligung der Bundesrepublik

Mitgliederversammlungen:

Dienstag, 06.Mai

Thema: 80 Jahre Befreiung vom Faschismus

Dienstag, 20.Mai

Thema: Diskussion um das Parteivorstands-Referat „Übergang zur Kriegswirtschaft - Probleme und Widersprüche“

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt

beherrschbar oder gar zu „gewinnen“ sein wird und dass menschliche Schäden mithilfe von uns Ärzt*innen dabei in einem akzeptablen Maße gering gehalten werden könnten.“

Und schließen ihre Erklärung mit einer klaren Haltung zur internationalen Solidarität:

„Wir akzeptieren die Freund-Feind-Logik nicht und werden weiter auf internationale Solidarität aller Gesundheitsbeschäftigten, gerade auch mit denen in potentiellen Kriegsgegner-Ländern Deutschlands, hinarbeiten.“

Eine solche Haltung erwarten wir auch vom ärztlichem Kollegium der UMG, denn Kriegsmedizin widerspricht der Zivilklausel der Uni Göttingen.

(ajh)



GROBIAN GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- Mail: grobian-grone@web.de
- Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

LEG verklagt enercity Contracting GmbH

Den meisten LeserInnen der Göttinger Blätter dürfte die Vorgeschichte dieser Meldung bekannt sein. Trotzdem gebe ich ein kurzes Intro in die Thematik:

Im Jahr 2021 kaufte die LEG von der Adler AG ca. 1100 Wohneinheiten in Grone. Damit übernahm die LEG auch den Wärmelieferungsrahmenvertrag zwischen der enercity GmbH (als Fernwärmeversorgungsunternehmen) und der Adler Energie Service GmbH, die die Energiekosten den MieterInnen entsprechend dem konkreten Verbrauch in Rechnung stellte.

Aufgrund der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland stiegen bekanntlich 2022 die Energiepreise - aber was den MieterInnen Ende 2023 an Nachzahlungen für '22 in Rechnung gestellt wurde, übertraf schlimme Erwartungen. Über die monatlich gezahlten Abschläge hinaus, sollten die MieterInnen 1,7 Mio € an Heizungskosten nachzahlen! Das hätte für die eine Hälfte der Mietparteien, die alle nicht zu den begüterten Haushalten zählen, den Ruin bedeutet und die andere Hälfte der Forderungen wäre der Stadt Göttingen im Rahmen der Transferleistungen auf die Füße gefallen. Die MieterInnen waren berechtigterweise in tiefer Sorge und nahmen das Angebot vom Verein IN Grone und dem DMB Mieterverein Göttingen dankbar an - gut 600 Mietparteien traten der sogenannten Prüfungsgemeinschaft bei und beauftragten sie, in ihrem Interesse gegenüber der LEG tätig zu werden.

Die Arbeit, die die Prüfungsgemeinschaft leistete (und heute noch leistet) ist immens! Neben der Prüfung der Nebenkosten und den Widersprüchen gegenüber der LEG, recherchierte sie zum Charakter der zugrundeliegenden Vertragskonstruktionen (Stichwort Contracting-Verträge), bemühte sich um das Wohlwollen der örtlichen Presse und die Unterstützung durch die Stadt Göttingen.

Die Stadt sagte die Finanzierung eines externen Gutachtens zu, das prüfen sollte, inwieweit die Forderungen der

LEG rechtens seien. Auch der Mieterverein Göttingen hatte bei der Zentrale des Deutschen Mieterbundes ein Gutachten mit dieser Stoßrichtung angefragt. Beide Gutachten bezweifelten die Rechtsgültigkeit der Forderungen, weil gegen verschiedene Regelungen der Fernwärmeverordnung (AVBFernwärmeV) verstoßen wurde.

Die rechtlichen Ausführungen in den Gutachten und der anhaltende Widerstand der Prüfungsgemeinschaft und des Mietervereins Göttingen - die LEG spricht von „umfangreichen Mieterprotesten“ - bewog wohl die LEG erstens, die Prüfungsgemeinschaft neben dem Mieterverein als Vertreterin der MieterInnen ernst zu nehmen und zweitens, mit der Prüfungsgemeinschaft, dem Mieterverein und der Stadt Göttingen in Verhandlung zu treten.

Obwohl die Positionen anfangs weit auseinander lagen und die Verhandlungen zu scheitern drohten, wurde eine Vereinbarung getroffen: Statt, wie zu erwarten wäre, jede der Mietparteien auf Begleichung der Forderungen zu verklagen, verklagt die LEG den Energieversorger enercity GmbH wg. Ungültigkeit der Preisanpassungsklausel im Wärmelieferungsrahmenvertrag an die jeweils aktuellen Preise auf dem Energiemarkt und fordert die Rücküberweisung

der wg. der Ungültigkeit überbezahlten Wärmepreise. Solange der damit angestoßene Gerichtsprozess läuft, werden die Forderungen gegenüber den Mietparteien storniert. Allerdings will sich die LEG gegen eine Niederlage in diesem Prozess absichern und besteht auf eine Verzichtserklärung von den MieterInnen bzgl. einer Verjährung ihrer Forderungen aus der Nebenkostenabrechnung 2022.

Nun ist die Einführung in das Thema doch länger ausgefallen, denn erst jetzt kommen wir zur eigentlichen Meldung: Obwohl erst rund 600 Mietparteien diese Verzichtserklärung unterschrieben haben, hat die LEG am 20. März beim Landgericht Göttingen Klage gegen die enercity Contracting GmbH eingereicht. Wir werden gespannt den Prozess verfolgen...

Um noch einmal die Bedeutung des Widerstands der MieterInnen in Göttingen zu unterstreichen: Der Kauf von Wohnungen der Adler AG durch die LEG und damit die Übernahme des seinerzeit geltenden Wärmelieferungsvertrags betraf auch Liegenenschaften in Aurich, Leer und Wildeshausen. Die Klage der LEG gegen die enercity GmbH bezieht sich jedoch lediglich auf die Wohneinheiten in Göttingen! OTE



Auf dieser grünen Freifläche in der Harzstr./Ecke Süntelweg sollte laut dem Städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Göttingen und der Adler AG seit 2020 eine neu gebaute Kindertagesstätte stehen. Mit dem Kauf der Wohnungen in Grone hat die LEG auch die Verpflichtungen aus diesem Vertrag übernommen. Vor drei Jahren wurden die dort stehenden ausgewachsenen Bäume gerodet. Wie man auf dem Foto sieht, ist hier aber bisher keine KiTa gebaut worden. Was man aber auch sehen kann, ist das kleine Bäumchen, dass in der letzten Märzwoche durch die LEG gepflanzt wurde.

Was sagt uns das? Dass hier in den nächsten 50 Jahren nicht gebaut wird? Das der Städtebauliche Vertrag das Papier nicht wert ist, auf dem er unterschrieben wurde?

BSW - Fraktion im Kreistag Göttingen

BSW-Parteiaufbau schreitet voran

Bei der Bundestagswahl ist das BSW mit einem offiziellen Ergebnis von 4,98 Prozent denkbar knapp an der Fünfprozenthürde gescheitert. Dies ist für uns eine herbe Enttäuschung.

Dabei ist es aber offensichtlich zu kleineren Unregelmäßigkeiten gekommen, wie auch die bei lediglich sporadischen Überprüfungen gefundenen 4.000 Stimmen zeigen. So wurden bei einem der beiden Wahllokale in dem zur Samtgemeinde Gieboldehausen gehörenden Rhumspringe für die Splitterpartei Bündnis Deutschland 16 Stimmen, also 3,33% gezählt, für das BSW hingegen 0, im zweiten Rhumspringer Wahllokal bekam hingegen das Bündnis Deutschland keine Stimme. Dies ist kein Einzelfall. Eine Nachzählung in ganz Deutschland würde hier Klarheit bringen, diese wurde jedoch verweigert.

Diese rund fünf Prozent auf Bundesebene bedeuten ein Ergebnis von 3,8% auf Kreisebene, was etwas unterhalb des Stimmenanteils von 4,5% bei der Europawahl liegt, wobei aufgrund der höheren Wahlbeteiligung das BSW bei der Bundestagswahl sogar mit 7647 gegenüber 7056 mehr Stimmen als bei der Europawahl erhalten hat. Bei beiden Wahlen lagen die BSW-Hochburgen im Südharz, was bei der Europawahl 7,8% in Walkenried bzw. 6,9% in Bad Sachsa bedeutete. Bei der Bundestagswahl wurden in beiden Gemeinden sowie in Bad Lauterberg und Hann. Münden Ergebnisse um fünf Prozent erreicht.

Auch in der Stadt Göttingen erhielt das BSW bei der Bundestagswahl mit 2552 gegenüber 2243 Stimmen bei der Europawahl mehr Stimmen, was 3,6 gegenüber 4,0 Prozent ergibt. Deutliche Hochburg ist dabei Grone, wo das Ergebnis der Europawahl von 7,1% gegenüber 6,9 % bei der Bundestagswahl sogar weitgehend gehalten werden konnte.

Wie geht es mit dem BSW weiter?

Das BSW wird gebraucht. In einer Erklärung der Parteivorsitzenden Sahra Wagenknecht und Amira Mohamed Ali sowie des Generalsekretärs Christian Leye werden Schwerpunkte für die weitere Arbeit genannt:

- Eine konsequente Friedenspolitik. Eine konsequente Opposition gegen die Aufrüstungspolitik ist das wesentliche Alleinstellungsmerkmal des BSW.
- Soziale Gerechtigkeit mit besseren Löhnen und Renten, guter Bildung für alle, einem Ende der Zwei-Klassenmedizin und einem gerechten Steuersystem.
- Eine Wirtschaftspolitik mit guten Handelsbeziehungen, insbesondere mit den BRICS-Staaten, wobei auch die Energie- und Digitalunabhängigkeit von den USA erreicht werden soll, um eine wirtschaftliche Erholung einzuleiten.
- Der Kampf gegen immer stärker werdende autoritäre Tendenzen mit einer Verengung des Meinungskorridors und einer zunehmenden Überwachung der Bürgerinnen und Bürger.

Dabei wird auch Selbstkritik geübt: So ist es insbesondere in Thüringen nicht gelungen, den Erwartungen der BSW-Wähler zu entsprechen. Auch wird die allzu langsame Mitgliederaufnahme als Fehler gesehen. Es wird aber weiterhin ein kontrolliertes Wachstum geben, wenn auch jetzt zügig die Aufnahmeanträge abgearbeitet werden. Der Name der Partei soll geändert werden, möglichst unter Beibehaltung des Kürzels BSW.

Was bedeutet das für das BSW in Südniedersachsen?

Im Fokus steht jetzt der weitere Parteaufbau und die Vorbereitung auf die Kommunalwahlen. Bis zum Frühjahr 2026 sollen in den beiden Landkreisen Göttingen und Northeim mindestens fünfzig Mitglieder aufgenommen werden, um einen Antritt zu den Kreistagswahlen zu ermöglichen.

Kontakt

BSW-Fraktion im Kreistag Göttingen

Kreishaus, Raum 066
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108

BSW@landkreisgoettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12
+ Donnerstag 14 bis 15:30 Uhr



Die Gründung eines südniedersächsischen Regionalverbandes wird bis zum Herbst 2025 erfolgen.

Im Landkreis Göttingen ist das BSW bereits im Kreistag und einzelnen Gemeinden durch Mitglieder und Unterstützer vertreten, woran wir bei der Kommunalwahl anknüpfen werden. Immerhin bedeuten auch die Ergebnisse bei der Bundestagswahl, dass wir dort, wo wir kandidieren, auch gute Chancen haben, Mandate zu bekommen.

Wir werden dabei unsere bisherige kommunalpolitische Arbeit fortsetzen, was insbesondere unseren Einsatz für sozialschwächere Menschen betrifft. Hinzukommen wird der Kampf gegen die drohende Aufrüstung, die wie in der letzten Ausgabe dargestellt erhebliche Auswirkungen auch auf die kommunalen Finanzen haben wird. Vor dem Hintergrund einer maroden Infrastruktur sind hier große Probleme zu erwarten. Das BSW ist hier die einzige konsequente Friedenspartei. Dabei fordern wir nicht nur eine Beendigung des Ukrainekriegs, auch der Krieg Israels gegen die Menschen in Gaza muss sofort beendet werden. Kritik am Staat Israel darf nicht mit Antisemitismus gleichgesetzt werden.



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Spendenkonto:

IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Antirassistische Kräfte bündeln - Gemeinsam gegen die Bezahlkarte für Geflüchtete

Am 26.03. traf sich der kommunalpolitische Arbeitskreis der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke, um über die leidige Bezahlkarte für geflüchtete Menschen diskutieren. Diese will die Landesregierung flächendeckend in Niedersachsen einführen. Als Gäste waren Vertreter*innen der Grünen im Stadtrat dabei.

Bereits eine Woche zuvor am 19.03. hatte die Ratsfraktion der Göttinger Linken zu dem Thema Vertreter*innen vom Arbeitskreis Asyl und dem Migrationszentrum zu sich eingeladen. Erwartungsgemäß sehen die Mitarbeitenden die Einführung einer Bezahlkarte statt Bargeld sehr kritisch, weil dadurch der ohnehin erschwerte Alltag und die gesellschaftliche Teilhabe von Asylsuchenden noch mühsamer und diskriminierender wird. (Die Göttinger Blätter berichteten in der Märzausgabe)

Die Älteren unter den Aktiven in der Asylarbeit werden sich an die unseligen Gutscheine erinnern, die Anfang der 90er Jahre abschrecken sollten. Hier kam es in Göttingen zu solidarischen Umtauschaktionen. Dabei konnte so manche/r „Einheimische“ die lehrreiche Erfahrung machen, wie es ist, nicht „einfach“ und unauffällig die Einkäufe zu bezahlen, sondern an der Kasse in eine peinliche Situation zu kommen, wenn z.B. das Falsche auf dem Band liegt, der Gutschein nicht ganz reicht, etc. etc.

Zum kommunalpolitischen Arbeitskreis war auch die Sozialdezernentin Frau Krause oder der Leiter der Sozialbehörde Herr Kohlraut eingeladen worden, um die Haltung und die Absichten der Stadt Göttingen zu erläutern und zu diskutieren. Leider sind beide dieser Diskussion aus dem Weg gegangen. Stattdessen wurde im Sozialausschuss eine

umfangreiche Präsentation vorgestellt. Darin wurde deutlich, dass die Stadt Göttingen noch technische Details bei der Einführung der Bezahlkarte klären will. So werden z.B. Probleme beim Datenschutz gesehen.

Anders als in Hannover scheint die Göttinger Verwaltung keine ethischen Bedenken zu haben, geflüchteten Menschen das Leben noch schwerer zu machen, als es ohnehin schon ist. Auch wenn das niedersächsische Sozialministerium die Kommunen dazu zwingen will, gibt es dennoch Widerstand im Land. Über die Alternative der nutzerfreundlichen „Social Card“ in Hannover für Menschen, denen Kreditinstitute ein eigenes Konto verweigern, wurde bereits in den Göttinger Blättern im März berichtet.

Auch in Lüneburg zeigt sich die Zivilgesellschaft solidarisch mit den Geflüchteten und protestiert gegen die Einführung der diskriminierenden Bezahlkarte. Die Idee der Tauschbörsen kommt wieder auf und wird sogleich von Seiten der CDU im Landtag als „illegal“ kriminalisiert.

Was kann also in Göttingen getan werden zum Schutz der Belange von Menschen, die in diesen schwierigen Zeiten von allen Seiten, auch vom BSW, als Sündenbock hingestellt werden, u.a. für die wirtschaftlichen Probleme der Kommunen. Obwohl diese Probleme nachweislich ganz andere und viel komplexere Ursachen haben. Es ist überhaupt fraglich, ob eine Bezahlkarte nicht mehr bürokratischen Aufwand und damit sogar Mehrkosten verursacht für die Kommune, als die Bargeldauszahlung.

Als Fazit der sehr konstruktiven Diskussion unseres kommunalpolitischen Arbeitskreises sind die Teilnehmenden übereingekommen, die Frage der Kos-

Kontakte

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum
Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

Sprecher*innenkreis:

Bärbel Safieh, Christa Siebecke, Güslan Yalin, Jost Leßmann

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:

grone@goettinger-linke.de

Gruppe Gleichen:

gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen
Telefon: 0551 - 400 2347
goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Tim Schlaf

Öffnungszeiten:

Mi: 10:00 - 12:00

14:00 - 16:30

Fr: 10:00 - 12:00

Mandatsträger*innen:

Jost Leßmann (Fraktionsvorsitzender)
Nornia Marcinkiewicz
Torsten Wucherpfennig

ten und andere auftauchenden Themen arbeitsteilig zu klären. So z.B. eine Anfrage zu stellen, wie viele Menschen betroffen wären oder ob Asylsuchende,

die bereits ein eigenes Konto haben, dies verlieren würden. Die Kontakte zur Landesebene und dem Städtetag sollen genutzt werden, sowie die Verbindungen zu den umliegenden Landkreisen.

Am 04.06. wird es ein weiteres Treffen geben, bei dem die recherchierten Infos zusammengetragen werden und das gemeinsame Vorgehen gegen die rassistische Ausgrenzung weiter geplant.

Interessierte sind herzlich dazu eingeladen!

Aus dem Bauausschuss:

Bebauung des ehemaligen Thiele-Areals sowie dem Grotelfend-Areal

Bei den Bürgerbeteiligungsverfahren zu den Bauprojekten in der Oberen Mühle in Weende sowie auf dem ehemaligen Grotelfend-Areal am Weender Tor haben Göttinger*innen ihre Wünsche geäußert – zu Recht, denn sie wurden von der Verwaltung ausdrücklich dazu eingeladen. Trotzdem wurden zentrale Anliegen nicht berücksichtigt: Insbesondere die Gebäudehöhe spielte bei beiden Projekten eine wichtige Rolle. Doch entgegen des gesellschaftlichen Konsenses wurde über die ursprünglich festgelegte Maximalhöhe hinaus geplant.

„Dass der Bauausschuss klar auf der Seite der Göttinger*innen steht, ist ein starkes Zeichen. Verwaltung und Politik dürfen sich nicht von profitgetriebenen Investoren leiten lassen, sondern müssen die Interessen der Stadtbevölkerung an erste Stelle setzen. Es ist inakzeptabel, dass jahrelanges zivilgesellschaftliches Engagement ignoriert wird – vor allem, wenn es nur zugunsten externer Unternehmen geschieht, die entgegen den Bedürfnissen der Anwohner*innen handeln“, kommentiert Jost Leßmann, baupolitischer Sprecher der Göttinger Linke Ratsfraktion.

Er ergänzt: „Auch die Alte Schmiede in der Oberen Mühle muss erhalten bleiben. Sie ist ein historischer Ort abseits der Göttinger Innenstadt, dessen Erhalt jede Anstrengung wert ist, um den Charakter des Viertels zu bewahren. Der Ortsrat Weende hat einstimmig beschlossen, dass diese erhalten bleiben soll – es ist für uns absolut unverständlich, warum dieser legitime Wunsch keine Berücksichtigung mehr findet“.

Antwort auf die Anfrage vom GT: Fahrraddiebstähle in Göttingen

Was könnte politisch getan werden um die Zahl der Fahrraddiebstähle hier einzudämmen?

Um Diebstähle zu reduzieren, braucht es sichere Abstellmöglichkeiten, bestenfalls mit umfänglicher Beleuchtung in der Nacht. Eine Videoüberwachung dieser Plätze lehnt die Göttinger Linke Ratsfraktion ab. „Allein das Aufstellen von Fahrradbügeln wird das Problem nicht lösen, denn Fahrradschlösser sind innerhalb weniger Sekunden aufgebrochen“, kommentiert der

Fraktionsvorsitzende der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann die Situation rund um die Fahrraddiebstähle.

Welche Sicherheitsmaßnahmen sind für Sie vorstellbar? Was sollten Verwaltung und Polizei Ihrer Meinung tun, um die Sicherheit von E-Bikes und Co. zu erhöhen? Auch in Bezug auf den mutmaßlichen Umschlagplatz an der Groner Landstraße 9?

Statt allein auf Strafverfolgung zu setzen, müssen die sozialen Ursachen von Kriminalität stärker in den Blick genommen werden. Wer Armut bekämpft, sorgt dafür, dass weniger Menschen in Notlagen auf illegale Einkommensquellen angewiesen sind. „Eine stärkere Kontrolle von bekannten Umschlagplätzen ist eine Maßnahme, aber langfristig müssen wir uns fragen, warum solche Orte entstehen. Statt nur Symptome zu bekämpfen, sollte die Stadt sich für soziale Gerechtigkeit und faire Arbeitsbedingungen einsetzen, um Perspektiven abseits der Kriminalität zu schaffen“, kommentiert Leßmann weiter.

Sind mehr sichere Abstellplätze wie Fahrradparkhäuser und Boxen ein Lösungsansatz?

Ein gut ausgebautes Netz an sicheren Fahrradabstellanlagen trägt dazu bei, Diebstähle zu reduzieren. Aber hier gilt: Es muss ein niedrigschwelliges und bezahlbares Angebot für alle sein. Sicherheit darf nicht zum Luxusgut werden, das sich nur einige leisten können.

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:

Mi: 10:00 - 12:00 Uhr
14:00 - 16:30 Uhr
Fr: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 - 18.00 Uhr (öffentlich)

Mehrheitlicher Auspruch für das Soziale Zentrum in Sanierungsbeirat nördliche Innenstadt

Der Sanierungsbeirat für die nördliche Innenstadt hat sich mehrheitlich für ein Soziales Zentrum in der ehemaligen JVA ausgesprochen. Damit steht das Gremium hinter der Idee, einen Ort zu schaffen, an dem solidarisches Miteinander, politische Bildung, kulturelle Teilhabe und soziale Projekte unter einem Dach Platz finden. Statt kommerzielle Nutzung und weitere Verdrängung: Ein Raum für alle, der den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt stärkt – genau das braucht Göttingen jetzt. „Die Politik sollte sich dem Wunsch des Beirates anschließen, denn das Soziale Zentrum bringt die größte Bereicherung für das Viertel“, kommentiert der Fraktionsvorsitzende der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann die Entscheidung des Beirates.